



30. Oktober 2020

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Nachruf Thomas Oppermann**
- **Bundesweite Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie**
- **Der Corona-Nachtragshaushalt: richtig, notwendig und verfassungsgemäß**
- **Grundrechte müssen auch in der Pandemie gewahrt bleiben**
- **Das richtige Rezept für die Apotheke von morgen**
- **Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz**
- **Erleichterungen für Familien und Menschen mit Behinderungen**
- **Diese Woche in erster Lesung**
- **Bilder der Woche**

Nachruf Thomas Oppermann

„Ein großartiger Sozialdemokrat und Jurist mit brillantem Verstand ist leider von uns gegangen“, bedauern Esther Dilcher und Edgar Franke. Sie sind zutiefst bestürzt über den plötzlichen Tod ihres Parteikollegen Thomas Oppermann.



Aus ihrer Sicht hat Olaf Scholz den Verlust treffend beschrieben: „Unser Land verliert einen versierten Politiker, der Bundestag einen herausragenden Vizepräsidenten und die SPD einen leidenschaftlichen und kämpferischen Genossen. Wir alle verlieren einen Freund und sind traurig.“

Bundesweite Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Diese Woche haben sich die Regierungschefs der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin angesichts des anhaltenden Infektionsgeschehens auf harte, aber notwendige Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geeinigt.

Strenge Kontaktbeschränkungen sollen die Ausbreitung des Virus ebenso unterbinden. So werden unter anderem die gesamte Gastronomie mit Ausnahme von Abhol- und Lieferangeboten wie auch Kinos, Schwimmbäder oder Fitnessstudios geschlossen. Des Weiteren sind touristische Übernachtungen in Hotels und Pensionen wie auch Veranstaltungen mit Unterhaltungscharakter deutschlandweit untersagt.

„Ich bin froh, dass wir endlich eine bundesweite Linie haben“, sagt Esther Dilcher. „Ich werde die neuen Regeln beachten. Gemeinsam schaffen wir es, die Welle zu brechen.“ Gleichzeitig bleiben beispielsweise Schulen und Kindergärten geöffnet, damit Familien nicht wieder so belastet werden, wie im Frühjahr. Edgar Franke ergänzt: „Es geht darum, mit den beschlossenen Maßnahmen die Zahl der Neuinfektionen zu verringern. Nur so können wir verhindern, dass unser Gesundheitssystem überlastet wird!“

Der Corona-Nachtragshaushalt: richtig, notwendig und verfassungsgemäß

"Wir als SPD-Bundestagsfraktion und insbesondere unser Finanzminister Olaf Scholz haben in den letzten Monaten sehr viel Zuspruch und Dank dafür erhalten, wie schnell und unbürokratisch geholfen wurde und wir dieses Land durch eine der größten Gesundheits- und Wirtschaftskrisen geführt haben", verteidigt Esther Dilcher in ihrer Rede am Donnerstag den Nachtragshaushalt der Regierung.



Die Abgeordneten der AfD stellen das Ganze in Frage. Sie wollten mit ihrem Antrag feststellen lassen, dass das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2020 mit seiner umfassenden Kreditaufnahme das Grundgesetz und haushaltsrechtliche Grundsätze verletze und daher verfassungswidrig sei.

Laut Verfassung muss die neuerliche Kreditaufnahme nach Ausmaß und Zweck dazu bestimmt und geeignet sein, eine unvorhersehbare Notsituation zu beseitigen. Die Corona-Pandemie rechtfertigt aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion die Feststellung einer Notsituation und damit auch, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse auszusetzen.

"Wir haben in zwei Nachtragshaushalten Geld in die Hand genommen, damit wir zeitnah nach der Pandemie mindestens dort stehen, wo Deutschland als Wirtschaftsstandort mit ausgeprägten sozialen Strukturen, mit attraktiven Arbeitsplätzen, gleichwertigen Lebensverhältnissen vor der Pandemie gestanden hat", so die Haushaltspolitikerin Esther Dilcher in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag. Und weiter: „Um ein Gesetz durch eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, werden ein Viertel der Stimmen des Deutschen Bundestages gebraucht. Die Stimmen der Koalition bekommen Sie dafür nicht.“

Grundrechte müssen auch in der Pandemie gewahrt bleiben

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag betont Edgar Franke, dass die Corona-Pandemie für die Menschen in Deutschland und weltweit eine echte Belastungsprobe sei. Sie sei aber vor allem auch eine echte Belastungsprobe für unsere Demokratie.

„Vor drei Wochen waren nur 300 Intensivbetten belegt. Heute sind es bereits über 1.500. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Wenn die Intensivstationen voll sind, ist es zu spät“, warnte der Gesundheitspolitiker.

Aber es gebe Licht am Ende des Tunnels: Spätestens im Frühjahr komme der Impfstoff und die Lage werde sich langsam wieder normalisieren. „Bis dahin müssen alle durch- und vor allem zusammenhalten“, so Franke.

Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist abzulehnen

„Die Anträge der AfD lehnen wir ab. Es sind Schaufenster-Anträge. Sie sollen vermeintliches Regierungsversagen dokumentieren. Und das auf dem Höhepunkt der Pandemie, wo wir alle Kräfte brauchen. Anstatt mit

anzupacken, geht es der AfD nur um Streit, nur um den eigenen politischen Vorteil“, so Franke weiter.



Zur Rolle des Parlaments in der Corona-Pandemie

Dennoch sieht Franke auch berechtigte Kritik an den Corona-Maßnahmen: „Wenn gefühlt nur die Kanzlerin und die Regierungschefs der Länder zusammen entscheiden, fühlen sich viele Menschen nicht mitgenommen.“ Statt in Hinterzimmern Beschlüsse zu fassen, müsse man die Beweggründe für die Maßnahmen öffentlich in den Parlamenten beraten, forderte er. Nur das schaffe Vertrauen und Akzeptanz.



Schon Thomas Oppermann hat kurz vor seinem Tod zu Recht angemahnt, dass auch der Bundestag stärker beteiligt werden müsse. Franke betont: „Ermächtigungen und Verordnungen können die Diskussionen in den Parlamenten nicht ersetzen. Deshalb müssen auch beim Infektionsschutzgesetz weitere rechtliche Leitplanken für das

Regierungshandeln eingezogen werden.“ Es gehe schließlich um die Grundrechte der Menschen in diesem Land, diese gelte es zu schützen.

Abschließend betonte Franke: „Wir erleben wieder harte Einschnitte, die nur so lange bestehen dürfen, wie es unbedingt notwendig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Einschnitte haben einen guten Grund: Wir schützen die Risikogruppen. Und damit deren Grundrecht auf Leben. Die einzelnen Grundrechte müssen immer gegeneinander abgewogen werden. Und zwar in einem transparenten politischen Prozess. Der Schutz der Grundrechte muss stets unser staatliches Handeln bestimmen. Denn nur so schützen und stärken wir unsere Demokratie.“

Das richtige Rezept für die Apotheke von morgen

Der Bundestag hat über den Gesetzentwurf „Zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken“ abgestimmt. Damit wird ein bestehendes Ungleichgewicht nach einem EuGH-Urteil behoben. Hierzu sprach Edgar Franke für die SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken soll in Zukunft für gesetzlich Versicherte bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln überall der gleiche Preis gelten. Es spielt dabei keine Rolle, ob ein Medikament bei einer Versandapotheke oder der Apotheke vor Ort gekauft wird.

Durch eine zusätzliche „Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und der Arzneimittelpreisverordnung“ sollen Apotheker außerdem zukünftig mehr Geld für Notdienste und für neue Dienstleistungen erhalten.

"Mit unserem Gesetz stärken wir unsere Apotheken vor Ort und leisten damit einen weiteren Beitrag zur zuverlässigen Medikamentenversorgung der Bürgerinnen und Bürger", betonte Franke, Sprecher der SPD-Fraktion zum Thema Apotheken, in seiner Rede vor dem Bundestag.



Gerade auf dem Land sei das besonders wichtig und gerade hier brauchen die Bürgerinnen und Bürger eine qualifizierte Beratung durch Apotheker.

„Damit schaffen wir einen zusätzlichen, finanziellen Spielraum für die Apotheken und stärken vor allem die Apotheke vor Ort“, führte Franke aus. Nun würden pharmazeutische Dienstleistungen, wie die intensive pharmazeutische Betreuung bei einer Krebstherapie und Präventionsangebote sowie Medikationsanalysen vergütet. Botendienste würden künftig unbefristet bezahlt.

Gleichzeitig bliebe der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln gestattet. Franke: „In der digitalen Welt von heute wäre ein Versandhandelsverbot wirklich ein Rezept von gestern gewesen!“

Der Hintergrund: Der EuGH hatte 2016 festgestellt, dass ein Rabattverbot im Arzneimittelgesetz europarechtswidrig sei. Nach der Auffassung des EuGH stelle die in Deutschland geltende Preisbindung für verschreibungspflichtige Medikamente eine nicht gerechtfertigte Einschränkung des freien Warenverkehrs innerhalb der EU dar. „Deshalb streichen wir die Vorgabe eines einheitlichen Abgabepreises aus dem Arzneimittelrecht und überführen diesen in das Sozialrecht, denn im Sozialrecht ist sie dem Zugriff des EuGH entzogen“, erläutert Franke. Inwieweit diese Überführung ins Sozialrecht europarechtlich zulässig ist, müsse der EuGH vermutlich nochmals überprüfen.

Frankes Fazit: „Ohne Apotheken vor Ort wird es nicht gehen. Die Menschen brauchen eine kompetente und persönliche Beratung vor Ort. Mit diesem Gesetz schaffen wir einen fairen Ausgleich zwischen dem freien Wettbewerb auf der einen und der Versorgungssicherheit auf der anderen Seite. Dieser Ausgleich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das richtige Rezept für die Apotheke von morgen.“

Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Pflege“ stand auf der Tagesordnung des Bundestages. Nach halbstündiger Debatte wurde der Entwurf an den federführenden Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in der vollstationären Altenpflege geschaffen werden –

vollständig finanziert von der Pflegeversicherung. Das wird das Pflegepersonal in den Heimen entlasten.

Pflegebedürftige und Angehörige werden nicht belastet. Auch die Versorgung von Schwangeren wird deutlich verbessert. Von 2021 bis 2023 erhalten Krankenhäuser rund 200 Millionen Euro zusätzlich für mehr Stellen in der Geburtshilfe.

Damit die gesetzliche Krankversicherung (GKV) auch in Zukunft finanziell solide aufgestellt ist und Beiträge weitestgehend stabil gehalten werden, erhält die GKV einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr 2021. Hiermit werden auch die öffentlichen Lasten der Krankenversicherung in der Corona-Pandemie, wie bspw. für Testungen, vollständig ausgeglichen.

Außerdem sollen aus den Finanzreserven der Krankenkassen einmalig acht Milliarden Euro in die Einnahmen des Gesundheitsfonds überführt werden. Zur Stabilisierung der Zusatzbeitragssätze ist geplant, das Anhebungsverbot für Zusatzbeiträge und die Verpflichtung zum stufenweisen Abbau überschüssiger Finanzreserven auszuweiten.



Erleichterungen für Familien und Menschen mit Behinderungen



Mit dem verabschiedeten Familienentlastungsgesetz werden zum 1. Januar 2021 das Kindergeld um 15 Euro pro Monat und die steuerlichen Kinderfreibeträge auf 8.388 Euro erhöht. Damit werden Familien mit Kindern um jährlich 12 Milliarden Euro bessergestellt.

Das Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge passt

diese für Menschen mit Behinderungen und Pflegepersonen deutlich nach oben an, damit sie auch in Zukunft von der Vereinfachung der Einkommenssteuer Gebrauch machen können und nicht wieder zu Einzelnachweisen wechseln müssen.

Diese Woche in erster Lesung

Kurzarbeit geht in die Verlängerung: Der Arbeitsmarkt zeigt sich zurzeit robust, aber das Infektionsgeschehen verheißt nichts Gutes. Wir wollen daher den Zugang zu Kurzarbeit bis Ende 2021 verlängern. Anreize zur Weiterbildung während der Kurzarbeit sollen gute Perspektiven für die Zeit nach der Krise öffnen.

Fairer Wettbewerb im digitalen Markt: Gerade große Plattformbetreiber erschweren konkurrierenden Anbietern den Zugang und bremsen damit Innovationsbestrebungen. Um den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen zu verhindern, soll die Aufsicht durch das Kartellamt insbesondere bei Unternehmensfusionen geschärft und ein offener Datenmarkt verpflichtend werden. Damit können Nutzer leichter auf andere Plattformen, etwa zu Neuanbietern, wechseln.

Rentenübersicht mit einem Klick: Mit der Digitalen Rentenübersicht sollen alle Bürgerinnen und Bürger den Stand ihrer Anwartschaften aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge auf einen Blick einsehen können. Umgesetzt wird dieses Vorhaben von der Deutschen Rentenversicherung Bund.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder: Auch wer kinderpornografische Videos und Fotos besitzt oder verbreitet, macht sich an den Misshandlungen der Kinder schuldig. Für eine effektivere Bekämpfung sollen die behördlichen Befugnisse hinsichtlich Onlinedurchsuchungen, Telekommunikationsüberwachung oder Untersuchungshaft erweitert werden. Außerdem soll sexualisierte Gewalt gegen Kinder künftig bereits im Grundtatbestand als Verbrechen geahndet werden.

Kinder vor sexueller Gewalt schützen!

SPD
Fraktion im
Bundestag

Neues Zeitalter Erneuerbare Energien: Um unsere selbstgesteckten Klima- und Umwelt-Ziele – etwa die Treibhausgasneutralität bis 2050 – zu erreichen, muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformiert werden. Erneuerbare müssen bezahlbar sein und zum Mitmach- und Teilhabeprojekt für alle werden. Der Bau von Anlagen wird nicht nur für Industrie oder Gewerbe, sondern vor allem für Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen attraktiver gemacht. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir über den bisherigen Entwurf hinaus die Ausbauziele weiter anheben und Lösungen für Altanlagen, deren Förderung 2021 ausläuft, finden.

Bilder der Woche



So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451-717950
www.edgarfranke.de

Nun ist das Team
Esther-Dilcher mit
eigenen Corona-Mund-
Nasen-Abdeckungen
versorgt.

Vielen Dank an
die Baunataler Diakonie
Kassel für das Nähen der
neuen Echt-Esther-
Masken.



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Bildrechte SPD Deutschland, Seite 3 Screenshot <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7480555#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDgwNTU1&mod=mediathek>, Seite 4 Screenshot <https://www.bundestag.de/>, Seite 5 Image by [clareich](#) from [Pixabay](#), Seite 6 Screenshot <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7480528#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NDgwNTI4&mod=mediathek>, Seite 7 Image by [truthseeker08](#) from [Pixabay](#), Seite 8 Image by [Steve Buisinne](#) from [Pixabay](#), Seite 9 Sharepic SPD-Bundestagsfraktion, Seite 10 Bilder Esther Dilcher

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.